



von Helmut Markwort

Annegret Kramp-Karrenbauer hat ein anderes Volk gehört

Dienstag

Ich staune über die Erlebnisse von Annegret Kramp-Karrenbauer. Sie war in ganz Deutschland bei Treffen von CDU-Mitgliedern unterwegs, um zu erfahren, was die Basis bewegt. Sie hat gesammelt und sortiert und jetzt die Ergebnisse vorgetragen.

Das Resultat ihrer Reise: Die CDU-Mitglieder wünschen sich ein Pflichtjahr in der Bundeswehr oder einer sozialen Einrichtung im Dienste der Allgemeinheit für junge Männer und Frauen.

Über dieses Stimmungsbild wundere ich mich. Es stimmt überhaupt nicht mit dem überein, was ich, als Landtagskandidat der bayerischen FDP, bei Begegnungen mit Bürgern erlebe. Seit Wochen lade ich fast jeden Tag zu Veranstaltungen ein, bei denen Menschen ihre Meinungen und Sorgen äußern können und das auch tun.

Ich höre viel und lerne manches, aber noch niemals hat auch nur ein einziger Mensch zur Wehrpflicht oder zu einem allgemeinen sozialen Jahr gesprochen.



Plädoyer für Wehrpflicht CDU-Generalin Kramp-Karrenbauer hat auf die Basis gehört

Im Gegensatz zur Generalsekretärin der CDU habe ich die Wortmeldungen nicht statistisch ausgewertet und auch die Themen nicht tabellarisch in eine Reihenfolge gesetzt, aber ich kann mich gut erinnern. Gestern erst hatte ich ein Treffen mit Bürgern.

Sie beschwerten sich über Kita-Gebühren und Steuerlast, sie befürchteten Altersarmut und einen Mangel an Pflegekräften, sie erzählten vom Kampf um eine Wohnung und schilderten Bürokratieplagen, sie wünschten sich wieder Zinsen für ihr Sparkonto und bedauerten den Stil der politischen Auseinandersetzung.

Noch andere Probleme wurden angesprochen, aber an keinem einzigen Abend die Wehrpflicht.

Annegret Kramp-Karrenbauer kann einwenden, dass meine Treffen keine Versammlungen von CDU-Mitgliedern waren. Da hat sie Recht. Die FDP hatte eingeladen. Sympathisanten der Freien Demokraten mögen in der Mehrzahl gewesen sein, aber es kamen auch Neugierige von der CSU und von den Freien Wählern vorbei. Und viele unbekannte Wähler, die sich informieren wollten. Jetzt muss mich die Frage beschäftigen, ob die so grundsätzlich anders denken als Mitglieder der CDU.

Mittwoch

Eine richtige Erkenntnis kommt nie zu spät. Deswegen ist der SPD-Politiker Kurt Beck zu loben. Nach 34-jähriger Mitgliedschaft im Mainzer Landtag und nach 18 Jahren als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz denkt er jetzt laut darüber nach, aus seiner Heimat und dem benachbarten Saarland ein neues Bundesland zu formen.



Späte Vernunft Kurt Beck will endlich das Bundesgebiet wirtschaftlich ordnen

Auch zwischen Berlin und Brandenburg hält er eine Verbindung für möglich. Die Fusion ist schon einmal gescheitert, sollte aber im Sinne von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit neu gedacht werden.

Kurt Beck, der als Vorsitzender der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung übergeordnet denken darf, sieht auch im Norden Deutschlands Möglichkeiten zur Verein-fachung.

Das verschuldete Zwergland Bremen mitten im Gebiet von Niedersachsen ist seit Jahrzehnten ein verfassungswidriges Gebilde.

Unser Grundgesetz empfiehlt im Artikel 29, das Bundesgebiet neu zu ordnen, „um zu gewährleisten, dass die Länder nach Größe und Leistungsfähigkeit die ihnen obliegenden Aufgaben wirksam erfüllen können“.

Sie könnten auch Ministerien und Behörden viel Zeit sparen. Wenn sie nur wollten. Die Postenverteidiger halten sie künstlich am Leben, solange die reichen Länder sie mit Milliardenzuschüssen subventionieren.

Kurt Beck hat sich viel vorgenommen.